

Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 227

Wilhelmshaven

Mai 2007

Klimakatastrophe?

Wir sind dabei! Wilhelmshavens Wirtschaftsförderung nimmt alles – nur keine Rücksicht - Seite 4



Ausstoß

Noch immer gibt es keine Lösung für das Problem der Fäkalieneinleitungen am Südstrand. Wir berichten auf Seite 3 über eine Veranstaltung der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe und über die Eröffnung der Badesaison durch OB Menzel.

Über vier Klagen gegen den JadeWeserPort berichten wir auf Seite 4. Da kommt einiges auf die Gerichte zu.

Auch Wilhelmshaven beteiligt sich an Aktionen gegen die Klimakatastrophe, wie ein Bericht auf Seite 2 belegt. Gleichzeitig ist man dabei, Klimakiller an der Jade anzusiedeln – siehe Seite 4.

Die Badesituation für die WilhelmshavenerInnen wird immer enger. Nun soll das neue Bad "Nautimo" im Sportforum Abhilfe schaffen. Ob wir uns das dann auch noch leisten können, untersuchen wir auf Seite 5.

Die Wilhelmshavener Hafenwirtschaft läuft Sturm gegen die Ausweisung des Naturschutzgebietes Küstenmeer. Sie kann das tun, weil die Information der Bevölkerung hinterherhinkt. Wir graben der Hafenwirtschaft auf Seite 6 das Wasser ab.

Über Hartz IV wird viel geredet. Jetzt ist ein erster Todesfall durch die gesetzlich verordnete Unmenschlichkeit bekannt geworden. Seite 8.

Hartz IV und Recht – unsere Inforubrik befasst sich diesmal auf Seite 9 mit Ein-Euro-Jobs. Ebenfalls auf Seite 9 gibt es einen Bericht über die letzte Versammlung der Arbeitsloseninitiative.

Wie tief ist das Jadefahrwasser? Wir haben unseren Artikel auf Seite 10 "Tiefwasserhafen im Treibsand" übergeschrieben.

Interessant war ein Besuch von drei Teilnehmerinnen der Montagsdemos beim stellvertretenden Geschäftsführer des Job-Centers. Wir berichten auf Seite 11.

200 polnische Arbeiter sind damit beschäftigt, die am Hannoverkai liegende 'Rotterdam' vom Asbest zu befreien. Ein Bericht auf Seite 11.

Der de facto-Rausschmiss von Aida Kleinschmidt beschäftigt uns auf Seite 12: Aida Diva!

Titelbild:
GRUPPOI635_casparmichael_kusmierz
www.gruppo635.com

meldungen

SolarLokal Wilhelmshaven-Friesland: Die Zukunft der Energieversorgung selbst bestimmen

Der warme April hat die Klimaschutz-Debatte weiter angeheizt. Viele Menschen fragen sich: Wie soll in Zukunft eine klimagerechte Energieversorgung in Deutschland aussehen? Was viele Bürgerinnen und Bürger nicht wissen: Sie selbst können mit darüber entscheiden, wie Deutschland künftig mit Energie versorgt werden soll. Weiterhin hauptsächlich mit fossilen Kraftwerken oder mit erneuerbaren Energien? Soll Ihr Haushaltstrom sauber, umweltfreundlich und risikoarm sein, gibt es einen einfachen Weg - den Wechsel zu einem Ökostromanbieter. Ökostrom ist frei von fossilem Strom und Atomstrom und wird ausschließlich aus erneuerbaren Energien wie Sonne, Wasser, Wind, Erdwärme und Biomasse gewonnen. Der umweltfreundlich erzeugte Strom reduziert die Umweltbelastung gegenüber konventionell erzeugtem Strom erheblich. So werden die klimarelevanten CO2-Emissionen pro Kilowattstunde bei Ökostrom um mindestens zwei Drittel gegenüber dem Bundesdurchschnitt bei den CO2-Emissionen vermindert.

Die regionalen Energieversorger GEW und EWE bieten unter der Bezeichnung "NaturWatt" und "NaturWatt Plus" Strom ausschließlich aus regenerativen Energiequellen an.

Des weiteren ist eine Übersicht über die verschiedenen bundesweiten und lokalen Ökostrom-Anbieter im Internet unter www.energieportal24.de zu finden. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, Ihren aktuellen Stromverbrauch anzugeben und sich eine Liste der verschiedenen Ökostrom-Angebote an Ihrem Wohnort anzeigen zu lassen.

Der Vorsitzende der Wärmeschutzpartner Wilhelmshaven-Friesland, Gerold Janßen, als örtlicher Vertreter der Kampagne SolarLokal für mehr Strom aus Sonne: "Die Anbieter von Ökostrom sind ein zunehmend wichtiger Teil des Energiemarktes. Die Bürgerinnen und Bürger können so selbst entscheiden, welcher Energieversorgung sie den Vorzug geben."

Die Wärmeschutzpartner Wilhelmshaven-Friesland als regionale Gemeinschaftsinitiative für Energieeffizienz beteiligen sich gemeinsam mit der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland an der Kampagne SolarLokal für mehr Strom aus Sonne. Aktuelle Informationen zu Solarstrom gibt es unter 01803 20003000 am SolarLokal-Infotelefon und auf der SolarLokal-Homepage www.solarlokal.de und unter www.waerme-solar.de

Kleingärten Banter See

Die Kleingärtner am Banter See haben nach Angaben des Stadtbaudirektors Kottek noch sichere 10 Jahre vor sich. Überplant wird das Kleingartengelände von einer Konzeptstudie (der Gegenwind berichtete), die den Bereich Wiesbadenbrücke/Innenhafen beleuchtet hat und im Gebiet der Kleingärten Freizeitnutzungen einplant.

Zudem gibt es Überlegungen, die Kotteksche "Jade-Allee" bis zum Deich durchzubauen, was auch zum Verlust einiger Kleingärten führen würde.

Ob es für die Überplanung des Kleingartenlandes und für die Verlegung der "Jade-Al-

lee" je eine entsprechende Ratsmehrheit geben wird, ist unwahrscheinlich, so dass diese Planungen schon sehr bald zu den Akten gelegt werden müssen.

Dass es im untersuchten Bereich erheblichen Handlungsbedarf gibt, ist unbestritten. Wer einmal den Weg von der Deichbrücke bis zum Seedeich in Ruhe zurücklegt, sieht mehr als genügend Schandflecken, die es zu beseitigen gilt. Einzige Lichtblicke im gesamten Bereich sind die wenigen privat genutzten Flächen, wie das Kleingartengelände. (jt)



Schui kommt!

Wer erinnert sich noch an Herbert Schui? Vor zwei Jahren erklärte der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Herbert Schui im Dreimädelhaus einer Runde Interessierter den Neoliberalismus und begeisterte alle (einschließlich der Gegenwindler) nicht nur mit seinem großen Wissen und der Fähigkeit, es verständlich rüberzubringen, sondern auch mit seinem komödiantischen Talent, das die Veranstaltung zum Vergnügen machte (Gegenwind 207: "Es rettet uns kein höh'res Wesen"). Mittlerweile sitzt er für die Linkspartei im Bundestag. Auf Einladung der LAW (linke alternative wilhelmshaven) kommt er am Mittwoch, dem 30. Mai, wieder nach Wilhelmshaven. (noa)

JadeWeserPort: Sachstand Klagen

Vor Ende 2008 wird es keinen Sand für den geplanten JWP geben. So lange wird es dauern, bis die Klage des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) vom Verwaltungsgericht Oldenburg abgeschlossen wird (Siehe Artikel "Vier Klagen... auf Seite 4). Auch der Planfeststellungsbeschluss JWP mit sofortiger Vollziehbarkeit dürfte noch lange nicht rechtkräftig sein. Auch hier liegen schon die Klagen vor. Aber nicht nur die Hafengegner klagen. Vor wenigen Tagen wurde Wolf-Dietmar Starke, der bisherige technische Leiter der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft, fristlos entlassen. Dieser soll einem der Bewerber für den Bau den JWP zu nahe gestanden haben. Neben der Firma Bunte hatte sich auch die Bremer Firma Hochtief um den Auftrag beworben. Starke machte kein Geheimnis daran, dass die Firma Bunte preiswerter ist und zudem den Auftrag auch ausführen könnte. Das hat wohl bei den Bremern, die auch schon erheblichen Einfluss auf das Vergabeverfahren für den Betreiber genommen ha-

ben, nicht in den Kram gepasst. Immer deutlicher werden die Hinweise darauf, dass die Bremer sicherstellen wollten, dass ihre Firma den Auftrag bekommt, und da stand Starke im Wege.

Jetzt klagt Starke, dessen guter Ruf massiv geschädigt wurde, gegen seine Entlassung. Der vor dem Verfahren angesetzte Gütetermin brachte keine Lösung, so dass Starke in den nächsten Tagen vor dem Arbeitsgericht dafür sorgen wird, dass sein guter Ruf wieder hergestellt wird.

Die Entlassung Starkes brachte auch den niedersächsischen Landtag in Bewegung. Bei der Beantwortung einer Anfrage der Grünen strauchelte jetzt der Wirtschaftsminister Walter Hirche – das Landtagsprotokoll steht im Internet – und muss sich den Vorwurf gefallen lassen, den Landtag belogen zu haben. Auch hier wird ein Bauernopfer gefunden werden. Der verantwortliche Minister Hirche wird es wohl nicht sein, so dass sein Staatssekretär Dr. Erdmann sicher nicht mehr so ruhig schläft. (jt)

Kein Naziaufmarsch!

Am 21. Juli 2007 will die NPD eine Kundgebung auf dem Börsenplatz in Wilhelmshaven durchführen.

Faschismus, Rechtsradikalismus und rechte Gewalt sind eine Bedrohung unserer Gesellschaft und eine permanente Gefahr für AusländerInnen, Andersdenkende oder einfach nur anders Aussehende. In den letzten 10 Jahren wurden in der Bundesrepublik über 100 Menschen von Neonazis und rechten Schlägern ermordet. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger unserer Region, alle Verbände, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien auf, sich im Vorfeld für geeignete Maßnahmen einzusetzen, um Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenhass den Boden zu entziehen.

In Wilhelmshaven und anderswo ist kein Platz für den braunen Sumpf mit seiner AusländerInnenhass und seinen menschenverachtenden Parolen. Wir stehen ein für ein friedliches und tolerantes Miteinander und rufen deshalb alle auf, sich den Aktionen und Veranstaltungen gegen den Naziaufmarsch in Wilhelmshaven anzuschließen.

Vorbereitungstreffen: Mittwochs ab 20.00 Uhr im Gewerkschaftshaus Weserstr. 51.

Wilhelmshavener Bündnis gegen Rechts

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwisch;

Druck: Papidis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 15.05.2007

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Unenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonderer Dank geht diesmal an Jochen Martin (jm), Joachim Tjaden(jt) und an die "Waterkant".

Annäherung an der Schokoladenseite?

Gibt es eine Strategie der Stadt gegen die Fäkaleinleitungen am Südstrand?

(hk) Der Hoffnung der Stadt Wilhelmshaven, auch in den nächsten 100 Jahren noch ungeklärte Abwässer in die Jade einleiten zu können, wurde durch die Bürgerinitiative "Die Kaiserlichen Kanalarbeiter" (KKA) ein Riegel vorgeschoben. Nun musste die Stadt selbst aktiv werden.

Bekanntlich machten die KKA den Skandal der Fäkaleinleitungen nicht nur publik – sie stellten auch gleich ein fertiges Konzept zur Lösung der Probleme vor. Und die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe (WEB) konnten nicht mehr ihre ewige Beschwichtigungsleier spielen – jetzt musste Butter bei die Fische.

So kam es dann zur Veranstaltung am 10. April im Gorch-Fock-Haus. Die Stadt hatte groß aufgefahren: Unter anderen saßen Prof. Dr. Liebezeit von Terramare, Dr. Rübsamen vom Gesundheitsamt, Vertreter des von den Wilhelmshavener Entsorgungsbetrieben (WEB) mit der Untersuchung beauftragten 'Instituts für technisch-wissenschaftliche Hydrologie' (ITWH), Franz Neugebauer und Tim Menke von den WEB, Umweltdezernent Dr. Jens Graul und Oberbürgermeister Menzel auf dem von Jürgen Westerhoff bestens geleiteten Podium.

Das ITWH stellte die Ergebnisse seiner Untersuchungen vor – und es gab da durchaus diskutable Lösungsansätze, die das "Abschlagen" ungeklärter Abwässer in die Jade als rechnerisch unwahrscheinlich darstellten, zumindest aber deutlich reduzieren könnten.

Die Kosten für alle wirksamen Maßnahmen waren sehr hoch – egal, ob es sich dabei um das von den KKA vorgeschlagene Druckentwässerungssystem oder um die Vergrößerung der Speicherkapazitäten oder ähnliche vom ITWH favorisierte Maßnahmen handelte. Erstaunlich war, dass das ITWH auch die von den KKA vorgeschlagene Druckentwässerung unter die Lupe genommen hatte und sie durchaus als machbare Alternative bezeichnete.

Prof. Dr. Liebezeit machte in seinem Vortrag über die Schadstoffe in der Innenjade deutlich, dass es keine messbaren Veränderungen in der Jade gibt; er sagte aber auch, dass "Aussagen über den ökologischen Zustand des Jadebusens mit diesen wenigen Proben und dem begrenzten Analysenumfang nicht möglich seien!"

Der Leiter des Gesundheitsamtes Dr. Rübsamen sah grundsätzlich keine Probleme durch die Einleitungen, musste dann aber die Unzulänglichkeit der Probeentnahmen (nur eine Entnahmestelle im Bereich des ehemaligen Planschbeckens) und schließlich durchaus Gesundheitsgefährdungen durch die Einleitungen eingestehen.

Dennoch war schnell klar, dass die Stadt Wilhelmshaven, die WEB und die Bürgerinitiative nicht auf einen Nenner kommen konnten. Die Kaiserlichen Kanalarbeiter waren gut informiert in die Diskussion gegangen und konnten gerade im Bereich der Schadstoffbelastung ("Liebezeits Untersuchung sagt nichts über den ökologischen Zustand des Jadebusens aus") punkten.

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Ein Gutachten auf der Basis einer Momentaufnahme, dazu noch beschränkt auf Sedimente, obwohl ja die Schmutzfrachten während der Direkteinleitungen akut im Oberflächenwasser vorkommen, ist im höchsten Maße fragwürdig. Außerdem ist seine Alibifunktion gefährlich, da die Auftraggeber die Aussage, dass keine besondere Auffälligkeit vorläge, nutzen, davon die Unbedenklichkeit ihres Tuns ableiten und Kritiker mundtot zu machen versuchen, wenn diese auf die Schändlichkeit der Schmutzwasser-Direkteinleitungen für Mensch und Umwelt hinweisen. (Dr. Gisela Gerdts von den KKA auf Anfrage des Gegenwind)

spielte wieder die beleidigte Leberwurst. Er hätte es lieber, wenn all diese Probleme hinter verschlossenen Türen verhandelt würden, sprach von Skandalisierung (siehe auch nebenstehende Rede), von der Unsachlichkeit der Informationsblätter der KKA usw. Dabei ist wohl allen klar, dass ohne die Öffentlichkeitsarbeit der Kaiserlichen Kanalarbeiter kein Mensch bei den WEB oder in der Stadtverwaltung auch nur eine Gehirnzelle zur Lösung der Probleme betätigter hätte.

Auch Dr. Graul sprach wieder von dem "Bärdienst", den die Kritiker der Stadt erweisen, weil solche Sachen dann ja auch in der auswärtigen Presse zu lesen sind.

Die blaue Umweltflagge wird wohl in diesem Jahr nicht am Südstrand wehen – dafür wird es eine rote Flagge geben. Diese soll anzeigen, dass gerade ungeklärte Abwässer am Banter Siel in die Jade geleitet werden und dass erst einmal das Baden verboten ist.

Problematisch dabei ist, dass diese Warnungen nur im Bereich des eingezäunten Strandbereichs vernehmbar/sichtbar sein werden. Der gesamte Bereich bis zum Banter Siel (der Einleitungsstelle) wird im Sommer von vielen Tausend Badenden benutzt – doch für deren Gesundheit fühlt man sich nicht zuständig. Dabei handelt es sich auch hier eindeutig um Badegewässer nach der niedersächsischen Badegewässerverordnung.

Die Bürgerinitiative in ihrem letzten Informationsblatt: **"Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen fordern eine schnellstmögliche Beendigung dieser ekelhaften Einleitungen. Keine Verminderung, sondern Verhinderung ist unser Ziel!"**

Wir Bürger dieser Stadt tolerieren hier nicht mehr länger die menschenverachtende Handlungsweise und Argumentation der für diesen Skandal Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung in Wilhelmshaven." □



foto: iz

Im wahrsten Sinne des Wortes

Nun ist ja, meine Damen und Herren, ein Thema in den letzten Monaten hochgekocht worden, auch heute hat es wieder eine Gruppe gegeben, die versucht, Wilhelmshaven und den Ruf Wilhelmshavens als Südstrand in den, im wahrsten Sinne des Wortes, in den Schmutz zu ziehen, meine Damen und Herren. Das scheint langsam Tradition zu sein, dass diejenigen, die meinen, die Interessen der Stadt zu vertreten, in Wirklichkeit diejenigen sind, die die Interessen der Stadt im wahrsten Sinne des Wortes mit den Füßen treten, meine Damen und Herren. Denn wir brauchen, meine ich, um die Interessen unserer Stadt nach außen zu vertreten, niemanden, der skandalisiert und der versucht, dieses Thema dann in einem Maße unverhältnismäßig darzustellen, wie's nicht ist, meine Damen und Herren. Wir haben in diesem Jahr Vorsorge getroffen, wenn der Fall eintritt, der ja im letzten Jahr an einem Tag in vielen Jahren dafür gesorgt hat, dass es zu leider unliebsamen Zusammentreffen kam, da, meine Damen und Herren, sind wir in diesem Jahr entsprechend gewarnt. Wir werden ein entsprechendes System installieren und wir werden dann, wenn es zu Einleitungen kommen muss, die zwangsläufig bei bestimmten Wetterlagen auftreten, dann dafür sorgen, dass Badende hier am Wilhelmshavener Südstrand gewarnt werden, dass sie darauf hingewiesen werden. Dieses System, meine Damen und Herren, ist installiert, und wir werden es entsprechend dann auch durchführen. Heißt also, meine Damen und Herren, es wird keinerlei Probleme geben, dass Menschen, die hier baden, dann mit diesen Dingen konfrontiert werden. Wir haben dafür Vorsorge getroffen. Und, meine Damen und Herren, wenn Forderungen erhoben werden, die unverhältnismäßig sind, die bedeuten, dass wir ein neues System der Abwasserbeseitigung in Wilhelmshaven haben müssen, dann ist dieses eben nicht machbar. Wir werden mit den Schritten, die wir aufgezeigt haben, die wir auch in den politischen Gremien beschlossen haben, dieses Thema nach und nach in den Griff bekommen.

Auszug aus der Rede von OB Menzel anlässlich der Eröffnung der Badesaison am 12.5.2007

Vier Klagen gegen den JadeWeserPort

Die Planungen für den JadeWeserPort sind abgeschlossen – nun beginnen die juristischen Verfahren.

(hk) In einer gemeinsamen Presseerklärung des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V., der Schutzgemeinschaft Jade Region (SJR) e.V. und der Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" nehmen die vier Verbände Stellung zu den jetzt eingereichten Klagen gegen den Bau des JadeWeserPorts.

Das Land Niedersachsen hat den Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven beantragt und die JadeWeserPort-Realisierungs-GmbH & Co. KG mit der Erstellung der Antragsunterlagen beauftragt.

Die Realisierungsgesellschaft hat den Bauantrag in zwei getrennte Verfahren aufgeteilt. ► Im Hauptantrag wurde der Bau des Tiefwasserhafens nach Bundeswasserstraßen-gesetz bei der Wasser- und Schiffahrtsdirektion in Aurich beantragt.

► In einem zweiten Antrag wurde die Sandentnahme für den Bau des Hafens nach dem Bundesberggesetz beim Landesbergamt in Clausthal-Zellerfeld beantragt.

Die Antragsunterlagen wurden im Frühjahr 2004 bei den entsprechenden Behörden zur Genehmigung eingereicht.

Bis zum 25. Juni 2004 haben mehrere Tausend betroffene Bürger, Gemeinden und Verbände ihre Einwendungen gegen dieses Verfahren eingereicht.

Bereits im September 2005 wurden die ersten Fehler in der Planung sichtbar und sollten durch zwei Änderungsanträge (Prallwand für das e.on-Kraftwerk und Stabilisierung der Niedersachsenbrücke) ausgeräumt werden. Nachdem der Voslapper Groden Ende 2005 als EU-Vogelschutzgebiet ausgewiesen wurde, folgte im Februar 2006 der dritte Änderungsantrag. In diesem Antrag sollte die Natur des Voslapper Groden durch eine Lärms-

schutzwand vor dem Lärm der Bahnstrecke, die durch das Schutzgebiet gelegt werden soll, geschützt werden.

In den mehrtägigen Erörterungsterminen haben die betroffenen Bürger, Gemeinden und Verbände ihre Einwendungen begründet und heftig diskutiert. Bereits zu diesem Zeitpunkt war abzusehen, dass eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte nicht möglich sein wird. Es war abzusehen, dass den Planfeststellungsbeschlüssen juristische Verfahren folgen werden.

Im April 2007 wurde der Planfeststellungsbeschluss im Hauptverfahren zum Bau des JadeWeserPorts veröffentlicht.

Dieser Beschluss beinhaltet die Berechtigung zur sofortigen Vollziehbarkeit. Schon die hier herangezogene Begründung steht auf töneren Füßen, da diese in keinem Punkt auf Fakten aufbaut.

Gegen den Planfeststellungsbeschluss wurden am 10. Mai 2007 vier verschiedene Klagen fristgerecht beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg eingereicht.

1. Einstweilige Anordnung gegen den sofortigen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses aus naturschutzrechtlicher Sicht. Diese Klage wurde vom Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V. eingereicht.

2. Einstweilige Anordnung gegen den sofortigen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses aus nachbarschaftsrechtlicher Sicht. Diese Klage wurde von einem privaten Kläger eingereicht.

3. Klage in der Hauptsache gegen den Planfeststellungsbeschluss. Hier werden die Umweltbetrachtungen unter besonderer Be-trachtung europäischer Richtlinien beklagt. Diese Klage wird vom LBU geführt.

4. Klage in der Hauptsache gegen den Planfeststellungsbeschluss. In dieser Sammelklage haben sich ca. 60 private Kläger zusammengeschlossen, die ihre Eigentums-rechte geschädigt sehen. In dieser Klage werden u.a. Lärm, Licht, Grundwasser, Wert-verlust, gesundheitliche Gefährdung beklagt. Alle Klagen werden durch die Schutzge-meinschaft Jade Region e.V. finanziell bezu-schusst.

Die fachliche Zuarbeit erfolgt durch Umwelt-verbände und die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort".

Die Planungen des JadeWeserPorts sind zwar abgeschlossen, der Baubeginn liegt aber noch in weiter Ferne. □

Klimakatastrophe Wir sind dabei!

Ungeachtet aller Gutachten, ungeachtet der lokalen, regionalen, bundes-, europa- und weltweit angelaufenen Aktionen gegen die sich abzeichnende Klimakatastro-phe planen unsere Wilhelmshavener Wirtschaftsförderer erbarmungslos den Bau weiterer Kohlekraftwerke (e-on und Elec-trabel) an der Jadeküste.

Und damit auch die Giftschleudern im Hin-terland zukünftig mit Kohle versorgt werden können, plant die Rhenus-Gruppe, den Kohleumschlag über Wilhelmshaven zu erhöhen.

Da interessiert sich kein Mensch dafür, dass Deutschland zu den größten CO2-Er-zeugern weltweit gehört, dass die CO2-Emissionen in Deutschland um 80% (!) reduziert werden müssen. Für Klaus Töpfer, den früheren Umweltminister und ehemali-ge Chef des UN-Klimaprogramms, gehört die Bundesrepublik zu den größten Klima-schädigern der Welt. Jeder Deutsche, so Klaus Töpfer, erzeuge im Schnitt pro Jahr zehn Tonnen des Klimagases Kohlendi-oxid. Damit lägen die Deutschen zwar nur halb so hoch wie die Amerikaner, weltweit aber in der Spitzengruppe der Staaten mit dem höchsten Ausstoß an CO2. Laut Töpfer liegt der Pro-Kopf-CO2-Ausstoß der Franzosen unter sieben Tonnen, ein Chine-se erzeuge gerade mal drei und ein Inder nur eine Tonne Kohlendioxid. In diesem Zusammenhang kritisierte der frühere CDU-Politiker die deutsche Klimapolitik scharf. Es gebe einen erheblichen Wider-spruch zwischen Anspruch und Handeln: "Die nüchternen Zahlen sagen, dass wir noch unendlich viel mehr tun müssen." (Quelle: Süddeutsche Zeitung). Doch Wil-helmshavens Wirtschaftsförderung läuft auch weiterhin nur stumpf nach dem Moto: Wir nehmen alles!

Dabei bietet die momentane Wachsamkeit auch auf der politischen Ebene große Chancen, alternative und zukunftsweisende Technologien zu realisieren. Um diese sich hier bietenden Chancen beim Schopfe zu packen, bedarf es einer Wirtschaftsförde- rung, die die Zeichen der Zeit erkannt hat und die eben nicht nur die Ramschmärkte der Industrie für einen schnellen Erfolg ab-grast.

Nun wäre es natürlich peinlich, wenn Wirtschaftsförderung und Politik zugeben würden, dass da neue Klimakiller angesiedelt werden sollen. Man wird in der Zeit bis zur Realisierung der Vorhaben alles daran set-zen, die Anlagen schön zu reden. Da wird von ungeheuer gestiegenen Wirkungsgra-den (auf unglaubliche 37%), ja, da wird so-gar von Wilhelmshavens Beitrag gegen die drohende Klimakatastrophe die Rede sein. Dass davon nichts stimmt, interessiert bei solchen Vorhaben nicht, und einen Gutach-ter, der bescheinigt, dass die neuen Kraft-werke weniger CO2 ausstoßen als die alten (was ja nicht einmal gelogen ist), findet man heute an jeder Straßenecke. (hk)



Tenge & Strohbach
Reparaturen aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Pack die Badehose ein..

Es soll mal Zeiten gegeben haben, wir erinnern uns dunkel daran, da besaß Wilhelmshaven zwei Freibäder und ein Hallenbad.

(jes) In unserer Kindheit verbrachten wir die Sommerferien zu einem großen Teil in einem dieser herrlichen Abkühlungsetablissements, kauften uns ein Eis und waren glücklich und zufrieden mit einem großen und einem kleinen Planschbecken. Die 2,50 Mark für Eintritt und ein Eis gab Mami uns dafür gerne. Und am Wochenende, wenn die ganze Familie Zeit hatte, ließen sich Mama und Papa auch gerne mal dazu hinreißen, gemeinsam mit uns den Tag auf der großen grünen Wiese des Freibades zu verbringen. Denn die 10 Mark Eintritt plus der gefüllte Picknickkorb waren durchaus gerechtfertigt, wenn einem nicht der Sinn danach stand, in den Jadebusen oder in den Banter See zu springen.

Nun, eine Generation später soll alles anders aussehen: Die Ansprüche scheinen gewachsen zu sein, und mit einem großen und einem kleinen Planschbecken gibt man sich nicht mehr zufrieden.

Die Idee: Ein Freibad, das gleichzeitig ein Hallenbad ist, mit Saunalandschaft, Rutschen, einem Springbecken, Sportbecken, diversen Erlebnisbecken und einem tollen Eltern-Kind-(ähh... "tschuldigung! - Mutter-Kind-) Bereich muss her, und den Spaß, den gibt's noch obendrauf. Schon haben wir das Sport- und Erlebnisbad "Nautimo".

Die für 16,5 Millionen Euro aus dem Boden gestampfte Anlage soll Mitte September eröffnet werden, und die Gesellschafter der Nautimo GmbH sind jetzt schon zuversichtlich, dass das "Nautimo" die Besucher schlichtweg begeistern wird. Da macht sich Euphorie breit, bei den zahlreichen Angeboten vielleicht auch angemessen, doch wie Mama und Papa plötzlich gucken werden, wenn sie mit ihren zwei Kindern 21 Euro bezahlen müssen? Da verflacht die Begeisterung wohl schon ein klitzekleines bisschen..

Na ja, bei einer Million Euro für Zins und Tilgung im Jahr, die auf ca. 25 Jahre angelegt sind, muss man schon für drei Stunden 7 Euro verlangen, das klingt durchaus plausibel. Und damit der Unterschied zur einzigen Ausweichmöglichkeit nicht so groß ausfällt, wird der Preis für das Freibad Nord gleich mit angehoben... auch durchaus plausibel. Was allerdings Rätsel aufwirft, ist, dass als Grundlage für die Kalkulation mit 200.000 Baden und 40.000 Saunagästen gerechnet wird.

Milchmädchenrechnung oder intelligenter Blick in die Zukunft?

2006 zählte das City-Hallenbad ca. 125.000 Besucher und das Freibad Nord gerade mal 42.000 Schwimmbgeisteerte. Selbst bei Zusammenlegung beider Bäder kommt man noch nicht auf die erwarteten 200.000 Besucher. Und bei 7 Euro Eintritt stellt sich die Frage, ob man dann im Sommer nicht doch lieber in den Jadebusen oder in den Banter See springt. Dann wäre eher noch ein Rückgang dieser Zahlen zu erwarten. Kann doch



Wilhelmshaven, die Stadt des Aufschwungs. "Wenn erst mal der JadeWeserPort kommt...", hört man hier hoffnungsvoll aus vielen Ecken... Ja? Was dann?

Wird vielleicht bei den Betreibern mit der großen Expansion Wilhelmshavens gerechnet? Dem großen Baby-Boom und so weiter?

Na ja, immerhin ist die Arbeitslosigkeit von 15% auf 13% zurückgegangen und soll weiter sinken. Der große Wirtschaftsaufschwung naht, da kann man doch mit ruhigem Gewissen und in guter Voraussicht schon mal ein Sport- und Erlebnis-Bad solchen Ausmaßes hier hinstellen und die durchaus bald von jedermann bezahlbaren Preise, dank des kommenden Aufschwungs, im Vorfeld einfordern. Vorausschauendes Denken ist eben alles!

Na denn, viel Glück. □



Mütter Zentrum

Werftstr. 45

Tel. 506 106

**Mittwoch,
den 30. Mai 2007
um 16.00 Uhr
Einladung
zur Eröffnung unserer
Lesewerkstatt für
Grundschulkinder**

**Mit der Autorin
Süntka Janssen**

**Sie stellt ihr erstes
Kinderbuch
vor mit dem Titel
"Papa, ich schick
dir einen Traum"**

**Ein wunderschönes, von
ihr selbst bebildertes
Kinderbuch über das
Miteinander, kleine
Wunder und die Macht
der Träume.**

**Das Besondere an diesem
Buch ist zusätzlich eine
Übersetzung auf
Plattdeutsch.**

**Öffnungszeiten
Café MüZe:**

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr

Rechtsverdreher

Hafenwirtschaft sieht sich als Nabel der Welt

(iz) Angesichts der Tatsache, dass im Umfeld des geplanten Containerhafens weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, läuft die Hafenwirtschaft zornentbrannt zu Höchstform auf. Selbstbewusst stellt sie das geltende Planungsrecht in Frage und verdreht die Tatsachen. Erfahrungsgemäß glauben schlecht informierte Bürger- und PolitikerInnen mancherlei Unsinn, wenn er nur oft genug breitgetreten wurde. Nachfolgend unser Versuch, diesen Informationsmüll zu entsorgen.

"Pläne gefährden den Hafen", titelte die WZ am 74. in Bezug auf neue Naturschutzgebiete nördlich des Wattenmeeres. Der Artikel basierte auf Äußerungen der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung e. V. (WHV) und wurde bedauerlicherweise nicht durch neutrale Hintergrund-Informationen ergänzt.

Der Dorn im Auge der WHV ist das geplante Naturschutzgebiet (NSG) "Küstenmeer vor den Ostfriesischen Inseln". Es grenzt direkt an den Nationalpark "Niedersächsisches Wattenmeer", bildet ein Band vom Gebiet 'Borkumriff' bis zur 'Mellumplate' und hat eine Größe von rund 53.500 ha. Östlich von Wangerooge bzw. der Vogelinsel Minsener Oog knickt es nach Süden ab und schließt das Jadefahrwasser bis etwa Höhe Schillig ein. Gleichzeitig in Planung sind die NSG "Borkum Riff" (etwa 20 km nördlich der Insel Mellum) und "Roter Sand" (etwa 20 km nordwestlich der Insel Borkum).

Die Planung der Schutzgebiete obliegt dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), der nach Auffassung der WHV damit in der 12-Seemeilen-Zone vor "Wilhelmshavens Haustür" die Entwicklung der Hafenwirtschaft gefährdet.

Mal abgesehen davon, dass die "Haustür" bzw. der Vorgarten unserer Stadt mit dem ge-

samten Seegebiet zwischen Ems und Elbe sehr großzügig bemessen ist, kann von Gefährdung nicht die Rede sein. Ein Blick in den Entwurf der Verordnung zum Schutzgebiet erleichtert die Wahrheitsfindung: Im § 4 - Freistellungen - steht: "Die Schiffahrt bleibt von den Regelungen dieser Verordnung unberührt." Diese und weitere grundsätzliche Regelungen finden sich in den Texten zu allen drei NSG. Das bedeutet einerseits, dass der Schutz nicht in dem Maß umgesetzt werden kann, wie es aus rein naturschutzfachlicher Sicht nötig wäre. Vor allem aber bedeutet es im Zusammenhang mit unserem Thema, dass die Panikattacken der WHV völlig unbegründet sind. Die hat jedoch "kein Verständnis dafür, dass hier wieder einmal ökologische Interessen überproportional berücksichtigt würden." Wieder einmal? Überproportional? Zu was? Wo? Wie? Berücksichtigt? Wer sich offenen Auges in deutschen Landschaften umschaut, findet allenfalls Bruchstücke dieses Satzes bestätigt. Streicht man alle unpassenden Silben, bleibt als Ergebnis "kein Verständnis für ökologische Interessen" stehen.

Gutes Recht – für alle

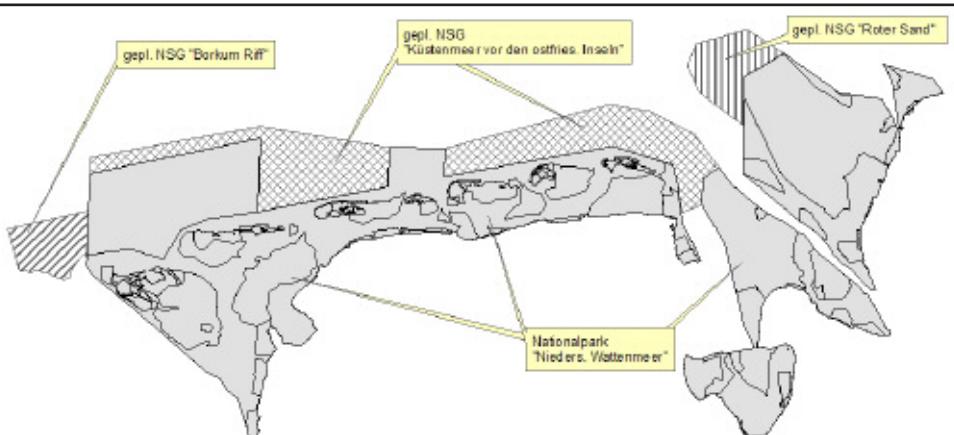
Die WHV will nun "alles daran setzen, die Planungen zu verhindern". Zunächst hat der Vorstand "in Absprache mit den großen Un-



ternehmen am tiefen Fahrwasser einen Brief an den NLWKN verfasst und darin seine Bedenken detailliert zum Ausdruck gebracht". Auch die Industrie- und Handelskammer ist mit im Boot. Nach ihrer Ansicht ist durch die NSG "die Existenz zahlreicher Unternehmen bedroht ... Zudem würde die Ausweisung der Naturschutzgebiete an den jetzt vorgeschlagenen Stellen den Jade-Weser-Port nachhaltig gefährden, denn Nutzungseinschränkungen für die Zufahrten wären vorprogrammiert". (Jeversches Wochenblatt, 13.4.2007) Besagter Brief der WHV ist nichts Außergewöhnliches, sondern gutes Recht: Alle, die von der Ausweisung des Schutzgebietes betroffen sind, können während der Auslegungsfrist der Entwürfe ihre Anregungen und Bedenken vortragen.

Die WHV ist aber nach eigener Einschätzung unter allen etwas ganz Besonderes. Und das hat nicht nur der NLWKN zu berücksichtigen, sondern auch dessen Auftraggeber, nämlich die Landesregierung in Hannover: "Wir sind erschrocken, mit wie wenig Sensibilität das Umweltministerium unsere Arbeit zur Kenntnis nimmt, mit dem Wilhelmshavener Hafen für wirtschaftlichen Aufschwung in der Region zu sorgen." Gut, dass das mal jemand sagt, nachdem das Land Niedersachsen ganz unsensibel und knauselig 500 Millionen Euro in die Suprastruktur des Hafens buttert. Und die Beziehungen von der Jade an die Leine durch Streitereien um die Vermarktung von Hafenflächen im Hinterland ohnehin etwas angeknackst sind.

Aber es kommt noch schlimmer: An der Auswahl der Gebiete waren "nur Ökologen" beteiligt, weiß WHV-Vorstand Heiner Holzhaußen, der deshalb extra beim Umweltministerium nachgefragt hat. Wer denn sonst? Es steht außer Frage, dass Fachplanungen, egal aus welchem Ressort, stets von Fachleuten gemacht werden. So sieht es unser Planungsrecht nun mal vor: Zuerst gibt es eine unverwässerte Fachplanung, und erst im zweiten Schritt, im Rahmen der Beteiligungsverfahren für die Umsetzung, kommen dann andere Interessensvertreter zu Wort. So wie jetzt während der Auslegung der NSG-Pläne eben auch die WHV und andere Betroffene ihre Stellungnahmen abgeben durften. Folgt man aber der Logik der WHV, werden Naturschutzgebiete zukünftig von Wirtschaftsvertretern geplant. Würden Ornithologen fordern, dass sie zukünftig die Planung von Häfen oder Gewerbegebieten in die Hand nehmen, gäbe das auf der anderen Seite mindestens Lachsalven, eher aber bittere Empörung.



Geplantes Naturschutzgebiet "Küstenmeer vor den Ostfriesischen Inseln"

Das geplante NSG bildet zusammen mit dem den Inseln vorgelagerten Teil des Nationalparks "Niedersächsisches Wattenmeer" einen Raum von zentraler Bedeutung innerhalb des Küstenmeer-Ökosystems. Es ist wesentliches Rast-, Durchzugs- und Überwinterungsgebiet für Seevögel, insbesondere auch für den Sterntaucher. Zusammen mit dem angrenzenden seewärtigen Teils des Nationalparks bildet das geplante Schutzgebiet in seiner Gesamtheit den Verbreitungsschwerpunkt für diese Art innerhalb des niedersächsischen Küstenmeeres. Auch die Zwergmöve erreicht hier während der Durchzugszeit ihre höchsten Dichten. Für verschiedene Brutvogelarten der Ostfriesischen Inseln ist das ca. 10 - 20 m tiefe Meeresgebiet als Nahrungsgebiet von sehr großer Bedeutung.

Das NSG wird nach Abschluss des Unterschutzstellungsverfahrens als EU-Vogelschutzgebiet an die Europäische Union gemeldet werden und damit Bestandteil des europaweiten Schutzgebietsnetzes Natura 2000.

Der Verordnungsentwurf lag vom 8.3. bis 10.4. in den Betriebsstellen des Nds. Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) aus. Anregungen oder Bedenken zur Ausweisung dieses Naturschutzgebietes konnten innerhalb dieses Zeitraumes vorgetragen werden.

Unter Druck

Zu kritisieren wäre allenfalls, dass der NLWKN andere Interessenvertreter nicht schon vor dem offiziellen Beteiligungsverfahren über die Planungen in Kenntnis gesetzt hat. Dieses Versäumnis mag dem von höherer Stelle vorgegebenen Zeitdruck geschuldet sein. Denn, um zum letzten Punkt der WHV-Faktenverdrehung zu kommen: Der NLWKN handelt im Auftrag des Umweltministeriums, und dieses wiederum unter dem Druck der EU, die von allen Mitgliedstaaten die Umsetzung geltender Richtlinien einfordert. Gerade Deutschland hing lange Zeit mit der Meldung von Gebieten für das europäische Schutzgebietsnetz "Natura 2000" hinterher. Zu melden sind Vogelschutz- und Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiete. Am Beispiel der Ästuare machte das Umweltministerium deutlich, warum ein lässiger bzw. egoistischer Umgang mit diesen einst gemeinsam beschlossenen Richtlinien nicht angesagt ist: "Niedersachsen und 11 weitere Bundesländer waren mittels einer so genannten 'mit Gründen versehenen Stellungnahme' aufgefordert, ihre FFH-Meldungen aufgrund von der EU gesehener Meldedefizite nachzubessern. Daraufhin hatte das Kabinett das Umweltministerium am 20.12.2005 gebeten, entsprechende Nachmeldevorschläge auszuarbeiten. Unser Ziel war es, die FFH-Richtline eins zu eins umzusetzen. Hinsichtlich der Frage der Meldung der Ästuare ... von Weser und Ems hat die EU auf ihrem Standpunkt beharrt und die Meldung aller Ästuarflächen gefordert. So standen wir vor der Entscheidung, ob wir einen Prozess mit ungewissem Ausgang vor dem Europäischen Gerichtshof riskieren oder nicht. Nachdem das Kabinett die Risiken abgewogen hat, haben wir uns gezwungen gesehen, auch gegen unsere Auffassung die Flächen nachzumelden".

Wünsche aus Brüssel

Die Bereiche "Küstenmeer", "Roter Sand" und "Borkum Riff" zählen zu den Vogelschutzgebieten, die an die EU gemeldet werden sollen und nach nationalem Recht zu schützen sind. Dies ist der Grund, warum sie nun als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Auszug aus dem Verordnungstext: "Das NSG ist Teil des Europäischen Ökologischen Netzes "Natura 2000"; die Unterschutzstellung dient der Erhaltung des Gebietes als Europäisches Vogelschutzgebiet nach der Richtlinie 79/409/EWG (Vogelschutzrichtlinie) des Rates vom 2.4.1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten". WHV-Präsident John H. Niemann wertet jedoch die hiesigen Hafen-

pläne höher als geltendes EU-Recht: "Das alles darf nicht durch ökologische Wünsche aus Brüssel gestört werden". Mit dieser – in seinen Kreisen verbreiteten – Anschauung verkennt er völlig, dass diese "Wünsche" Rechtsvorschriften sind, die auch von deutschen bzw. niedersächsischen Vertretern im EU-Parlament verabschiedet wurden.

Zu guter Letzt

Möglicherweise kommt unseren LeserInnen dieses Artikels vieles schon bekannt vor. Richtig: Seit im Jahre 2000 bekannt wurde, dass der Voslapper Groden unter die Vogelschutzrichtlinie fällt, gab es den gleichen unsinnigen Aufruhr in der Hafenwirtschaft, unterstützt von Teilen der Politik und der Medien. Ebenso lange währen die Versuche des GEGENWIND und der Umweltverbände, durch fachliche Erläuterungen das Dickicht der einseitigen bis polemischen Darstellungen zu lichten. "Mit der Rohrdommel Schindluder betrieben" war unlängst ein ausführlicher wie erhellender Artikel in der WZ überschrieben, in dem Wilhelm Kaufmann vom NABU Hintergründe wie Verwirrungen im Zusammenhang mit dem Voslapper Groden darstellte. Mehr als einmal hat auch der GEGENWIND sich bemüht, das EU-Recht für jede/n verständlich zu erläutern. Was die WHV anbetrifft, offenbar vergeblich. Trotzdem, oder gerade darum, nochmals dieser Hinweis: Auch in einem EU-Vogelschutzgebiet können wirtschaftliche Pläne und Projekte realisiert werden, wenn die weiteren Voraussetzungen zur Erfüllung des Schutzzweckes erfüllt sind. Grundvoraussetzung ist jedoch, dass das Schutzgebiet als solches gemeldet ist. Jeder Versuch, es der EU vorzuhalten, ist kontraproduktiv. "Unstrittig ist die ökologische Bedeutung des Küstenmeeres für Seevögel wie Sterntaucher, Brandseeschwalben oder Zwergrmöwen, daher stehen sie als so genannte faktische Vogelschutzgebiete bereits unter dem Schutz der entsprechenden europäischen Richtlinie", erklärt Walter Keuffel, Leiter des Geschäftsreiches Naturschutz im NLWKN gegenüber dem Jeverschen Wochenblatt (13.4).

Schwarzer Peter

Die Hafenlobby schrumpft weiterhin die vielfältigen ökologischen Zusammenhänge, die durch NATURA 2000 geschützt werden, dahingehend zusammen, dass ein einziger Vogel einen ganzen Containerhafen "verhindert". Beim Voslapper Groden ist es die Rohrdommel, beim Küstenmeer wird vermutlich der Sterntaucher den schwarzen Peter kriegen.

Laut WHV sei nun "das Parlament aufgefordert, gegen die Planung zu stimmen". Pustekuchen. Wie oben zitierte Pressemitteilung des Ministeriums zu entnehmen ist, hat der Landtag längst im Vorfeld beschlossen, die erforderlichen NATURA 2000-Gebiete nachzumelden und somit auch unter Schutz zu stellen. Die Umsetzung obliegt allein dem NLWKN. Über das "Ob" ist nicht mehr zu entscheiden, nur über das "Wie". Es geht allenfalls noch darum, Details wie die Grenzen des NSG oder einzelne Vorschriften der Verordnung zu ändern, um in der Abwägung den Einwendungen der beteiligten Interessenvertreter Rechnung zu tragen.

Ganz zum Schluss noch unser Preisrätsel zum Thema "Naturschutz verhindert wirtschaftliche Entwicklung": In Spanien boomt die Wirtschaft seit geraumer Zeit derart, dass man schon Bremsen einbauen will. Sogar deutsche "Gastarbeiter" finden zwischen Pyrenäen und Gibraltar ihr Ein- und Auskommen. Und nun raten Sie mal, welches europäische Land bei der Meldung von NATURA 2000-Gebieten die Nase vorn hat? □



Wissen Sie, was ein Kunde über unseren Laden gesagt hat? Er sagte, das wäre ein

Wohlfühlladen!

Stimmt! Wir fühlen uns hier auch wohl.

Und wir fanden das so schön, dass wir jetzt damit werben!

Wilhelmshaven • Marktstr. 94 • Tel. + Fax: 04421/13438

Ein deutsches Schicksal?

Erster Hungertoter im 3. Hartz IV-Jahr

“20-jähriger Hartz IV-Empfänger ist verhungert”, lautete am 19. April eine “WZ”-Überschrift. Und im Untertitel hieß es: “Behörden sehen keine Versäumnisse”. Der junge Mann hatte in Speyer gelebt. Der lokale Bezug, der normalerweise die Bedingung dafür ist, dass der GEGENWIND berichtet oder kommentiert, besteht darin, dass ein Hungertod aufgrund von Hartz IV auch in Wilhelmshaven jederzeit möglich ist.

Laut WZ-Artikel bildete der 20-Jährige mit seiner ebenfalls arbeitslosen Mutter eine Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II. Bis vor einigen Monaten hatten die beiden zusammen neben der Miete 621 € monatlich bekommen. Seit Oktober 2006 war ihnen das Alg II schrittweise gekürzt worden, “nachdem der Sohn Termine versäumt hatte.”

Die Kürzung des Arbeitslosengeldes II um zunächst 30 %, nach drei Monaten um weitere 30 % und schließlich auf 0 ist im SGB II vorgesehen, um die Arbeitslosen zur Aktivität zu motivieren. Man sollte meinen, dass jemand, dem 30 % vom Alg II fehlen, schnell in die Gänge kommt und tut, was man von ihm verlangt, damit er schnell wieder den vollen Regelsatz bekommt, oder? Nun, der Gesetzgeber hat das aber offenbar nicht geglaubt, denn dann wäre er ja davon ausgegangen, dass eine Kürzung um 30 % reicht, und hätte die weiteren Kürzungen nicht vorgesehen.

Was passiert denn wohl im Kopf eines Alg II-Empfängers, der einen Termin versäumt hat und eine Kürzung seines Regelsatzes erlebt? Denkt er: “Oh, da habe ich aber etwas verpasst. Jetzt will ich schnell hingehen und das wieder in Ordnung bringen”? Der junge Mann aus Speyer hat das offensichtlich nicht gedacht, und seine Mutter, der ja ebenfalls Geld fehlte, auch nicht.

Was denkt wohl ein Arge-Mitarbeiter, der jemandem das Alg II um 30 % gekürzt hat, wenn derjenige dann nicht stehenden Fußes herbeieilt und sich irgendwie erklärt? Was denkt der Arge-Mitarbeiter, wenn der Alg II-Empfänger auch nach der nächsten Kürzung wegbleibt? Was denkt er, wenn der “Kunde” sich auch nach der völligen Streichung noch nicht meldet? Denkt der bewusste Arge-Mitarbeiter sich überhaupt etwas?

“Wir hätten nichts tun können; ich kann meinen Mitarbeitern keinen Vorwurf machen”, sagte der Geschäftsführer der zuständigen Arge. Sieglinde Schechterle meint in ihrem Leserbrief “Lebensrecht” (“WZ” vom 8. Mai), die Arge in Speyer hätte sehr wohl etwas tun können, nämlich “kontrollieren, von was ein Mensch lebt, wenn man ihm die Bezüge streicht”. Der in der “WZ” zitierte Sprecher der Arge hingegen sagte, “die Arge habe vom Gesetzgeber aus nicht den Auftrag, in derartigen Fällen von sich aus aktiv zu werden”.

Mit Hartz IV wurden zwei vollkommen unterschiedliche Leistungen, nämlich die Ar-

beitslosenhilfe und die Sozialhilfe, zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt. Bis zum 31.12.2004 waren zwei ganz unterschiedliche Behörden, nämlich die Sozialämter und die Arbeitsagenturen, mit der Auszahlung der Leistungen und der Betreuung der betreffenden Menschen befasst.

Die Sozialämter kannten ihre “Kunden”. Wenn jemand von ihnen sich nicht gemeldet hätte, um sein Geld abzuholen, hätte der zuständige Sachbearbeiter sich gekümmert. Ein Hungertod wäre damals nicht möglich gewesen.

Ob der junge Mann und seine Mutter vormals “Kunden” der Arbeitsagentur oder des Sozialamtes waren, geht aus dem “WZ”-Bericht nicht hervor. Ich vermute mal eher, sie waren vorher Sozialhilfeempfänger.

“Der Speyerer Bürgermeister Hanspeter Brohm (CDU) betonte, es habe in den folgenden Monaten keinen Hilferuf der Familie gegeben, auf den hätte reagiert werden können”, heißt es in dem Bericht über den Hungertod des jungen Mannes.

Bei wem hätten Mutter und Sohn um Hilfe rufen können? Das Sozialamt war nicht mehr zuständig für sie. Bei der Arge hätte man ihnen gesagt, dass sie die Kürzung als Sanktion für ein Versäumnis erleiden. Das hätte ihnen nicht geholfen.

Mit der Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II wurden die meisten vorherigen Sozialhilfeempfänger der Betreuung durch die Sozialämter entzogen. Wer auch nur drei Stunden täglich arbeiten kann oder arbeiten zu können angibt, ist nun “Kunde” der Arge. Die Beurteilung eines Menschen darüber, ob er arbeiten kann oder nicht, wurde/wird ausschließlich anhand der körperlichen Gesundheit vorgenommen. Psychosoziale Hemmnisse werden dabei nicht berücksichtigt.

Mir sind persönlich einige Menschen bekannt, die arbeiten können, wenn man ihnen einen Job zuweist, die sich aber selber nicht um einen Job bemühen können. Ich kenne auch einige Menschen, die sich um einen Job bemüht haben und nach der dritten, der zehnten, der 20. oder der 50. Absage den Mut verloren haben und es nicht mehr schaffen. Menschen, die einen Brief vom Job-Center oder einer anderen Behörde schon gar nicht mehr zu öffnen wagen, weil sie wissen, dass er irgendwelchen Ärger ankündigt. Die dann, wenn weniger Geld auf dem Konto ist als ge-

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

wohnt, erst recht eingeschüchtert sind und sich erst recht nicht mehr zum Amt trauen.

Dass es zahlreiche solche Menschen gibt, war “dem Gesetzgeber” bekannt. Sie werden und wurden aber nicht berücksichtigt. Die Argen haben tatsächlich keinen Auftrag, sich um sie zu kümmern. Das soziale Netz ist sehr grobmaschig geworden. Wer sich nicht selber für seine Rechte einsetzen kann, fällt durch die großen Maschen. Mit Hartz IV hat “der Gesetzgeber” den Hungertod des jungen Speyerers und vieler anderer Menschen wenn nicht verschuldet, dann doch zumindest billigend in Kauf genommen.

Ich finde es beschämend, in einem reichen Staat zu leben, in dem Menschen trotzdem verhungern können!

Anette Nowak

Kein Thema?

In dieser GEGENWIND-Ausgabe gibt es keine Ratssplitter. Die letzte Ratssitzung ist nämlich ausgefallen – mangels Themen, die man hätte besprechen können. Auch zahlreiche Ausschusssitzungen wurden mit dieser Begründung abgesagt. Schade. Es hätte nämlich Themen gegeben. Die Ratsfrauen und –herren hätten schon mal darüber reden können, wie die Stadt die für den 21. Juli abgekündigte NPD-Demonstration verhindern kann. Die Meldung über ein geplantes Grundschulzentrum und die Schließung mehrerer Grundschulen erwischte nicht nur die betroffenen Kinder und Eltern eiskalt, sondern auch die Ratsmitglieder, die sich – größtenteils ahnungslos über die Begründung der Verwaltung und des Schulausschusses – mit empörten Anfragen und Kritik aus der Bevölkerung konfrontiert sehen. Und wenn man schon sonst wenig Diskussionsstoff hatte, hätte man den Vorschlag der LWA-Fraktion, sich über PPP-Modelle (public private partnership) zu informieren, aufgreifen und sich schlau machen können. (noa)

BASU

FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

WWW.BASU-WHV.DE 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT...oder...
nun ist es amtlich: Wilhelmshaven hat das weltweit erste Fäkalienwarnmeldesystem, eingeweiht am 12. Mai 2007 am einzigen Südstrand an der Nordsee...oder...wie fühlt man sich in einer Stadt deren hochgesteckte Ziele nacheinander zerplatzen...oder: Warum wurde der Chefplaner des JadeweserPorts Wolf-Ditmar Starke wirklich entlassen? Nutzen Sie unsere Bürgersprechstunden...informieren und engagieren Sie sich für IHRE GRÜNE SAUBERE STADT WILHELMSHAVEN! **BASU-TREFFEN:** 2x IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

WILHELMSHAVENS BÜRGER FÜR BÜRGER INFORMATIONS PORTAL.



hartz IV und recht

Man muss nicht jeden 1-Euro-Job annehmen! Eine aktuelle Gerichtsentscheidung zu Arbeitsgelegenheiten

(noa) "Arbeitsgelegenheiten", besser bekannt als "1-Euro-Jobs", sind, jeder sieht es überall, auf dem Vormarsch. In Wilhelmshaven sind es ständig Hunderte, bei der Stadt selber oder ihren Eigenbetrieben, aber auch bei mehr oder weniger gemeinnützigen Vereinen. Mit Sicherheit sind einige von ihnen eigentlich nicht so ganz legal.

So gibt es beispielsweise einen Beschluss des Sozialgerichts Ulm vom 24.04.2007 (Az: S 11 AS 1219/07 ER), der ein deutliches Wort zur zulässigen Arbeitszeit in einem 1-Euro-Job sagt.

Ein arbeitsloser Mann hatte eine Arbeitsgelegenheit vermittelt bekommen und angenommen. Am dritten Arbeitstag fiel er von einer beschädigten Leiter und wurde für ein paar Tage arbeitsunfähig geschrieben. Er ging danach jedoch nicht mehr hin, sondern brach die Arbeitsgelegenheit ab. Daraufhin wurde ihm das Arbeitslosengeld II um 30 % gekürzt. Gegen diese Kürzung legte der Mann Widerspruch ein, dem jedoch nicht abgeholfen wurde, so dass er Klage gegen die Kürzung einlegte.

Interessanterweise nahm das Gericht seine Gründe für den Abbruch der Maßnahme zwar zur Kenntnis, berücksichtigte sie aber im Beschluss nicht. "Vorliegend kann dahinstehen, ob der Antragsteller für den Abbruch der Teilnahme an der Arbeitsgelegenheit (AGH) einen wichtigen Grund hatte, denn nach Auffassung der Kammer handelte es sich bei der AGH ... nicht um eine 'zumutbare' AGH im Sinne des § 31 Abs. 1 Ziff. 1 SGB II bzw. nicht um eine 'zumutbare' Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit gem. § 31 Abs. 1 Ziff. 2 SGB II. ... Die Absenkung der Leistungsbewilligung nach § 31 GGB II setzt weiter voraus, dass ein wirksames Arbeitsangebot erteilt wurde... Vor-

aussetzung für die Rechtmäßigkeit eines Absenkungsbescheides ist, dass das Arbeitsangebot hinsichtlich Art der Tätigkeit, zeitlichen Umfangs und zeitlicher Verteilung hinreichend bestimmt ist ... Grundsätzlich hat der Leistungsträger sicherzustellen, dass die auszuübenden Tätigkeiten im Rahmen einer AGH ausschließlich zusätzlich und gemeinnützig sind; falls dies nicht der Fall sein sollte, wäre die Zuweisung der AGH bereits aus diesem Grund rechtswidrig."

Verschiedene Sachen hat das in diesem Fall zuständige Job-Center also unprofessionell und schlicht falsch gemacht, aber:

"Für die Kammer ist letztlich allein entscheidend, dass vorliegend der zeitliche Umfang der Arbeitsgelegenheit – mit 30 Stunden wöchentlich – bei weitem den zulässigen Rahmen einer AGH überschreitet, wobei die Antragsgegnerin laut Eingliederungsvereinbarung sogar eine Tätigkeit in Vollzeit für zulässig erachtet." Im alten BSHG, dem die Bestimmungen zu den AGHs nachgebildet sind, war eine Wochenarbeitszeit von 15 Stunden höchstens vorgesehen. Und nun, nach dem SGB II, "sprechen sogar noch deutlichere Gründe dafür, eine Arbeitsgelegenheit in Vollzeit oder nahezu Vollzeit als unzulässig anzusehen, denn auch während der AGH bleiben die Betroffenen erwerbstätige Hilfebedürftige und sind dem Grundsatz des Förderns nach § 2 SGB II unterworfen und brauchen daher ausreichend Zeit, um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Arbeit zu suchen. ... Darüber hinaus ist auch im Hinblick auf das Verbot der Konkurrenz von Arbeitsgelegenheiten zum 1. und 2. Arbeitsmarkt Rechtmäßigkeitsvoraussetzung der Vermittlung in eine AGH (und hieraus folgend eine entsprechende Sanktion bei Abbruch), dass der Umfang der angebotenen Arbeit erheblich hinter dem eines normalen Arbeitsverhältnisses zurückbleiben muss. ... Die Tatsache, dass aus dem Gesetz unmittelbar keine zeitliche Grenze für eine AGH zu entnehmen ist und die Tatsache, dass die Leistungsträger in der Praxis regelmäßig von der Zulässigkeit einer Tätigkeit mit 30 Wochenstunden ausgehen, begründet nach Auffassung der Kammer nicht die Rechtmäßigkeit eines derartigen Vermittlungsangebotes..."

Also: Das Angebot eines 1-Euro-Jobs muss so klar formuliert sein, dass der/die Arbeitslose ausreichende Informationen über die vorgesehene Arbeitszeit, die Dauer der Maßnahme, die auszuübenden Tätigkeiten und über die Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit der Arbeit bekommt und überprüfen kann, ob die Arbeitsgelegenheit allen gesetzlichen Anforderungen entspricht. Mehr als 20 Wochenstunden sind jedenfalls nicht mehr legal. Und wenn das Angebot diese Bedingungen nicht sämtlich erfüllt, dann dürfen die Ablehnung oder der Abbruch der AGH nicht mit einer Absenkung des Alg II bestraft werden. □

Wasser in der Wüste

Die Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland im April musste ausfallen: Zum geplanten Zeitpunkt arbeitete die Polizei im gesamten Gewerkschaftshaus, nachdem in der Nacht davor Einbrecher sämtliche Innen türen demoliert und einige wertvolle Sachen mitgenommen hatten.

Dr. Pietzka von der Volkshochschule hatte zum Glück auch am 8. Mai Zeit und konnte sein vorläufiges Resümee des Projektes arbeitsmarkt50.de eben vier Wochen später als geplant und fast genau ein Jahr nach seinem letzten Besuch bei der ALI vortragen.

Am 9. Mai 2006 hatte er das Projekt vorgestellt und leider keine allzu dankbaren ZuhörerInnen gefunden. Wir berichteten in unserer Ausgabe 218 darüber und vermuteten damals, Pietzka und sein Kollege mussten sich vorgekommen sein, als brächten sie einen Kasten Wasser in eine Wüstensiedlung, in der die Menschen am Verdursteten waren. Heute steht arbeitsmarkt50.de, im Oktober 2005 gestartet, ein knappes halbes Jahr vor seinem Abschluss, und Dr. Pietzka schätzt es als einen Erfolg ein. Einige Dutzend TeilnehmerInnen haben die zehn Teilprojekte durchlaufen, und es gab tatsächlich ein paar, die sich selbstständig gemacht haben und es immer noch sind, einige, die einen versicherungspflichtigen Job am 1. Arbeitsmarkt gefunden haben (nämlich 12 von 52 TeilnehmerInnen aus dem ESF geförderten Unterprojekt "Schlüsselkompetenzen" und drei von zwölf TeilnehmerInnen eines weiteren Kurses) und eine Dame aus dem Projekt "Betriebliche Demografie", die in einem Betrieb, den sie beraten wollte, gleich vom Fleck weg anfangen konnte zu arbeiten.

Angesichts der großen Zahl von Langzeitarbeitslosen in Wilhelmshaven sind die Erfolge natürlich minimal. Und da die fleißigsten Besucher und Besucherinnen der ALI-Versammlungen zum größten Teil seit langer Zeit arbeitslos sind und viele vergebliche Versuche, aus Hartz IV raus und zurück ins Arbeitsleben zu kommen, hinter sich haben, waren sie wahrscheinlich nicht die idealen ZuhörerInnen für Dr. Pietzka. So erntete er Gelächter für seine Bemerkung über den Wirtschaftsaufschwung, von dem die älteren Langzeitarbeitslosen mehrheitlich nichts mitkriegen, und musste sich Zweifel an der Nachhaltigkeit des Projekts anhören. Erfreulicherweise blieb er (im Unterschied zu anderen Referenten, die auf ALI-Versammlungen hart angegangen wurden) höflich und gelassen. Auch die etwas spitze Bemerkung einer Teilnehmerin eines längst abgeschlossenen Lehrgangs im Rahmen des Projekts, sie warte noch auf ihre Teilnahmebescheinigung, brachte ihn nicht aus der Ruhe, sondern er dachte darüber nach, wie es zu diesem Versäumnis gekommen sein könnte, und versprach, dafür zu sorgen, dass alle aus diesem Kursus ihre Bescheinigungen binnen einer Woche bekommen werden.(noa)

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: 4,70 % bei

100 % Auszahlung

Zinssatzfestbeschreibung: 10 Jahre

anfänglich effektiver

Jahreszins: 4,80 %

Zins p.a.: 4,73 % bei

100 % Auszahlung

Zinssatzfestbeschreibung: 15 Jahre

anfänglich effektiver

Jahreszins: 4,84 %

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 77 45 43

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

Arbeitsloseninitiative
Wilhelmshaven/Friesland



Tiefwasserhafen im Treibsand

Aus der Zeitschrift Waterkant Ausgabe März 2007

(jm) Das Jade-Fahrwasser nach Wilhelmshaven wird der Öffentlichkeit als einzige deutsche Tiefwasserfahrrinne verkauft. Doch im Vergleich zu anderen deutschen "Schiffahrtsstraßen" ist ihr Vorsprung geringer als mancher glaubt. Und völlig auf dem Holzweg ist, wer die Jade für ein natürliches Fahrwasser hält.

Im Urzustand hatte die Jade lediglich zehn Meter Wassertiefe bei Mittlerem Spring-Niedrigwasser (MSpNW). Um Wilhelmshaven zu einem Tiefwasserhafen zu machen, wurden seit 1958 insgesamt 204 Millionen Kubikmeter Baggergut aus dem Strombett der Jade gehoben. 1976 wurde an der seewärtigen Einfahrt eine Wassertiefe von 19,70 Meter und bei der Umschlagbrücke der Nordwestdeutschen Ölleitungsgesellschaft (NWO) eine von 18,50 Meter unter MSpNW erreicht¹⁾. Dadurch wurde es beladenen Öltankern mit einem Tiefgang bis zu 20 Metern ermöglicht, auf der Tidewelle nach Wilhelmshaven zu surfen. Um die 300 Meter breite Tankertrasse auf Solltiefe halten zu können, mussten in den Folgejahren jährlich zehn Millionen Kubikmeter Treibsand ausgebagert werden²⁾.

Wahrscheinlich blieb das Jaderevier von einer Ölkatstrophe verschont, weil nur wenige Tanker von mehr als 17 Metern Tiefgang die Jade ansteuerten. Und weil die voll beladenen Supertanker bald ganz ausblieben, fuhr man die Unterhaltsbaggerungen zurück und gab der Schiffahrt im Jahre 1993 bekannt, dass als "außergewöhnlich große Fahrzeuge nunmehr solche mit einem Tiefgang von einlaufend 19 Metern (und) auslaufend 18 Metern gelten"³⁾.

Neun Jahre später freute sich das WSA Wilhelmshaven über die geringen Baggerkosten in den Jahren 1999-2001 und rückte bei dieser Gelegenheit damit heraus, dass nur

noch Schiffe bis zu 18 Metern Tiefgang auf der Tidewelle nach Wilhelmshaven reiten dürfen⁴⁾. Irgendwann danach wurden dann auch die Solltiefenangaben in den einschlängigen amtlichen Seekarten auf durchgängig 18 Meter unter MSpNW beziehungsweise Seekartennull geändert.

Die Trassenbreite ist darin noch immer mit 300 Metern angegeben. Das stimmt jedoch nicht mit der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE überein: Danach wird lediglich eine Trassenbreite von nur noch 250 Metern vorgehalten⁵⁾. Auf den Radarbildschirmen der für die Überwachung des Schiffsverkehrs zuständigen Verkehrszentrale weisen die die Trassenränder bezeichnenden Begrenzungslinien laut Angabe der Bundesregierung weiterhin eine Fahrrinnenbreite von 300 Metern aus.

Bezüglich der Fahrrinnentiefe kann man sich ebenfalls nicht allein auf die Kartenangaben verlassen: Unterhaltsbaggerungen würden erst dann durchgeführt, "...wenn die als 'Solltiefe' bezeichnete Tiefenlage von 18 Meter unter Seekartennull unterschritten wird und dies für die Schiffahrt zu Beeinträchtigungen führt. Die erfragten statistischen Daten zu 'Minderungen' können daher nicht angegeben werden, da in der Fahrrinne zu jeder Zeit zumindest örtliche 'Minderungen' vorhanden sind."

Die Frage nach dem Höchstmaß an Minertiefen, die bereits mehr als einmal aufge-

treten seien, wurde mit einer Tiefe von 17 Metern unter Seekartennull (SKN) beantwortet. Eine Wassertiefe von 18 Metern wird nur noch angestrebt, soll heißen, Minertiefen werden in aller Regel nicht wieder vollständig zurück auf Solltiefe gebracht. "Ziel der Bebaggerung ist die vollständige Beseitigung der möglichen Beeinträchtigung der Schiffahrt."

Und da in den vergangenen drei Jahren nur zwölf Schiffe mit einem Tiefgang zwischen 16 und 17 Meter – und keines darüber – die Jade befahren haben, kann man es sich leisten, die Jade immer mehr den Fahrwasserverhältnissen auf Elbe und Außenweser anzugeleichen.

Auf die Frage, wieviel Baggerzeit benötigt würde, die Jade-Fahrrinne wieder für Fahrzeuge mit 18,99 Meter schiffbar zu machen, wurden maximal zwei Monate angegeben. □

- 1) "Wilhelmshavener Zeitung" vom 27. Juni 1984.
- 2) "Wilhelmshavener Zeitung" vom 26. Januar 1983.
- 3) Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Wilhelmshaven: "Bekanntmachung für Seefahrer", Nr. 63 / 1993.
- 4) Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Wilhelmshaven: Jahres-Presseinformation Nr. 3/2002 vom 25. 01.2002
- 5) Deutscher Bundestag: Drucksache 16/4349 vom 19. Februar 2007.



Waterkant
Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e.V.

Sie möchten die WATERKANT kennenlernen?
Internet: <http://www.waterkant.info>
/ oder per Post an:
Aktionskonferenz Nordsee e.V.
(AKN)
Kreuzstrasse 61
D-28203 Bremen

Leserbrief

Am Freitag, dem 20.04.07, überfielen ca. 20 aggressive, gewaltbereite Nationalisten eine bekannte linke Wohngemeinschaft. Das ganze Spektakel begann gegen 22.30 h, die Faschisten zertrümmerten die Verglasung der Eingangstür und versuchten, die Tür einzutreten, um ins Gebäude zu gelangen. Dies gelang ihnen nur deshalb nicht, weil die Bewohner ihre Hunde in den Hausflur ließen und die Polizei verständigten. Aufgeschreckt durch das Hundegebell suchten die Angreifer das Weite. Als die Polizei anrückte, war von den Rechten nichts mehr zu sehen; sie nahm dann lediglich eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung auf. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nur zwei Frauen (davon eine hochschwanger), ein 7-jähriges Kind und ein Mann in der WG anwesend. Kurz nachdem die Polizei abgerückt war, trafen die zwischenzeitlich informierten restlichen Bewohner und ein paar Freunde ein. Nach kurzer Beratung entschloss man sich dazu, selbst nach den Tätern zu suchen. Wenig später konnten die Faschisten im CVJM-Heim, wo im Partykeller zu eindeutig verfassungsfeindlicher Musik und in der passenden Kleidung gefeiert wurde, ausfindig gemacht werden. Zudem wurden vor der Tür Fahrzeuge festgestellt, die zuvor schon in der Nähe des Tatorts beobachtet worden waren.

Erneut wurde die Polizei gerufen, dem Anrufer wurde jedoch mitgeteilt, dass man bereits dort gewesen sei, aber keine Faschisten angetroffen habe. Von dem aufnehmenden Polizisten wurde diese Meldung zudem mit den Worten "Was sollen diese Menschen denn von ihnen wollen?" abgetan. Erst als die Faschisten auf die wartenden Linken aufmerksam wurden und man wieder die Polizei gerufen hatte, um eine Schlägerei zu verhindern, wurde reagiert. Allerdings anders als erwartet, beziehungsweise auch nicht, denn während sich gerade mal drei von ca. 20 Polizisten um die Faschisten kümmerten und nur einer es für nötig hielt, sie aufzufordern, ihre Knüppel und die anderen Waffen wegzulegen, beschäftigten sich die restlichen Ordnungshüter umgehend mit den Linken. Von diesen wurden die Personalien aufgenommen, teilweise wurde man auf Waffen durchsucht und dann gab es für jeden noch einen Platzverweis. Auf all dies wurde bei den Faschisten verzichtet, auch nachdem darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Fahrzeuge identifiziert wurden, und einige der Rechten eindeutig als verboten bekannte Kleidungsstücke trugen. Tatsächlich verhielt es sich so, dass die Polizei zeitgleich mit den Linken abrückte, ohne die Faschisten zu behilfigen. Aus diesem Vorfall kann man nur schlussfolgern, dass die Polizei 1.) entweder zu feige ist, etwas gegen Leute mit rechter Gesinnung zu unternehmen, selbst wenn diese sich eindeutig als gewaltbereit präsentieren

- 2.) die politische Meinung der Täter teilt (was wir einfach nicht glauben wollen)
 - 3.) dass es ihnen einfach egal ist, was passiert, solange nur so genannte Randgruppen der Gesellschaft betroffen sind.
- Dem oben beschriebenen Vorfall ist noch ein weiterer vorausgegangen, bei dem zwei Punks von zunächst einem Rechten angepöbelt wurden und danach von ca. 8 Faschisten verfolgt wurden. Auch hier wurde die Polizei gerufen, welche sich die Täter beschreiben ließ; die nachfolgende Suche aber blieb erfolglos.
- Wenn wir nicht wollen, dass sich solche Vorfälle weiter häufen, müssen wir den Rechten entschieden entgegentreten. Das geht aber nur, wenn es uns gelingt, die unseligen linken Graben- und Detailkämpfe zu überwinden, denn betroffen sind alle, egal ob Anarchist, Kommunist, Punk oder sonstwie gefühlter Linker. Bekanntermaßen haben sich die Rechten, auch in Wilhelmshaven, immer weiter zusammen geschlossen, und als Einzelne oder Kleinstgruppe lässt sich dagegen wenig ausrichten. Es ist damit aber nicht ein Aufruf zur direkten körperlichen Gewalt gemeint, sondern vielmehr zum einfallsreichen, bunten und phantasievollen Widerstand gegen rechtes Gedankengut in jeder Form. Gleichfalls gilt es für potentiell von rechter Gewalt bedrohte Personenkreise, wirksame Verteidigungsstrategien zu entwickeln.

Andreas Reins
26389 Wilhelmshaven

Contact

Im April besuchte eine Delegation der Montagsdemo den stellvertretenden Geschäftsführer des Job-Centers Wilhelmshaven, Holger Kirschen, zu einer Aussprache über Hartz IV. Die drei Frauen hatten eine Reihe von Fragen, von denen Kirschen einige jedoch nicht beantworten wollte und konnte: Zu Einzelfällen äußerte er sich nicht; da könnte er höchstens die damit befassten MitarbeiterInnen fragen. Trotzdem war es interessant.

Widerspruch: Kirschen gefällt es nicht, dass die ALI grundsätzlich zu diesem Mittel rät, wenn Leistungsberechtigte mit ihrem Bescheid nicht einverstanden sind. Die Widerspruchsstelle des Job-Centers ist ständig sehr stark belastet (und wohl personell nicht ausreichend ausgestattet). Die Flut von Widersprüchen belastet die Arbeit des Job-Centers sehr, und so dauert manches sehr lange. Auf Widerspruch zu verzichten wäre natürlich nett von den "Kunden", aber es würde bedeuten, dass sie auf ihnen zustehende finanzielle Mittel verzichten. Und das kann sich nur jemand leisten, der genug hat. - Wer war das damals noch, der gefordert hatte, man solle nicht alles beantragen, nur weil man einen Anspruch darauf hat? Richtig, diese altruistische Idee war Kurt Becks Einstand nach seinem Aufstieg zum SPD-Vorsitzenden.

Eingliederungsvereinbarung: Wie schon einmal bei der ALI-Versammlung im September 2005 (sh. GEGENWIND 218, "Es kommt immer dicker") sagte Kirschen, dass er die Eingliederungsvereinbarung für ein gutes Mittel für Alg II-EmpfängerInnen hält. Den damaligen Zusatz, dass es natürlich auch entsprechender Umgebungs faktoren bedürfe (wo keine Stellen sind, kann man keine Arbeit finden), mussten bei diesem Treffen seine GesprächspartnerInnen beitragen. Für starke Persönlichkeiten, die viel können und genau wissen, was sie wollen, kann die Eingliederungsvereinbarung tatsächlich ein gutes Mittel sein. Sie können selbstbewusst auftreten und in der Verhandlung mit ihrem Fallmanager erreichen, dass ihnen z.B. der Weg zu einer noch fehlenden Qualifikation geebnet wird oder dass Job-Center oder Arbeitsagentur für sie ihrem Wunschbetrieb einen großzügigen Eingliederungszuschuss anbieten. Was ist aber mit den Schwachen? – Dass es mangels Stellen nur wenige sind, die einen vernünftigen Arbeitsplatz finden können und aus der Hilfebedürftigkeit rauskommen, räume Kirschen denn auch ein.

Und nicht nur die mit wenig Selbstbewusstsein und Qualifikation ausgestatteten Erwerbslosen haben das Nachsehen. Kirschen erinnert sich noch gut an einen Arbeitssuchenden, der ihm einst gegenüber saß. Der hatte zwei Studiengänge abgeschlossen und außerdem einen Ausbildungsbereich erlernt – und bewarb sich trotzdem immer wieder vergeblich. "Was mache ich falsch?" – auf diese Frage konnte Kirschen ihm keine Antwort geben.

Ältere Arbeitslose: Kirschen erzählte seinen BesucherInnen von einem Mann, der

ganz klare Vorstellungen von seiner beruflichen Zukunft hatte: Mit Menschen zu arbeiten, das war sein Wunsch, und er wollte Altenpfleger werden. Angesichts seines eigenen Alters war klar, dass er nach der Ausbildung nicht mehr allzu viele Jahre arbeiten (und Beiträge bezahlen) würde, und so sollte diese Ausbildung ihm nicht gewährt werden. Dieser Arbeitslose schaffte es mit großer Beharrlichkeit, seinen Wunschberuf doch noch erlernen zu dürfen – für Kirschen ein Beispiel, dass Leute, die klar und selbstbewusst auftreten, eben auch etwas erreichen können.

Das Job-Center Wilhelmshaven: Unter Hartz IV-Empfängern stößt die Tatsache, dass Mehrbedarfeszuschläge z.B. wegen Krankheit teilweise nicht bewilligt werden, unangenehm auf – eine der drei Frauen, die aus dem Sozialhilfebezug in den Alg II-Bezug gekommen ist und wegen ihrer chronischen Krankheit bis Ende 2004 immer eine kleine Summe für die deshalb notwendigen Mehraufwendungen bekommen hat, bekam nach dem Wechsel diesen Mehrbedarfeszuschlag nicht, obwohl sie die Krankheit im Antrag angegeben hatte. Und sie hat lange Zeit nicht einmal bemerkt, dass der fehlende Mehrbedarfeszuschlag es war, der dafür sorgte, dass sie immer äußerst knapp mit dem Geld war, denn die Bewilligungsbescheide sind – oft beklagt vom Sozialberater der Arbeitsloseninitiative – für Laien undurchschaubar und nicht nachvollziehbar. Aber das war eines der Anliegen, zu denen Kirschen sich nicht äußern wollte oder konnte.

Vielleicht hätte die betreffende Arbeitslose das Fehlen ihres Zuschlags früher bemerkt, wenn sie zur ALI gegangen wäre. Werner Ahrens hat einen geübten Blick für Unstimmigkeiten in Bewilligungsbescheiden. Er hätte ihr zum Widerspruch geraten, und wenn den Widerspruch nicht abgeholfen worden wäre, hätte die Hartz IV-Empfängerin sich an das Sozialgericht wenden können. Dann gäbe es jetzt vielleicht schon eine Gerichtsentscheidung darüber, welche Krankheiten hier zu berücksichtigen sind – dass sie bislang leer ausgeht, liegt u.a. daran, dass im Gesetz ihre chronische Krankheit nicht genannt ist.

Hat das Gespräch etwas gebracht? Bringen solche Gespräche überhaupt etwas? Als Vize-Geschäftsführer der ARGE steht Holger Kirschen "auf der anderen Seite der Barrikade" als die Alg II-BezieherInnen. Vielleicht ist es aber gut, wenn Letztere sehen, dass auch Ersterer nur mit Wasser kocht. Er hat die Gesetze nicht gemacht, die er anwenden muss. Und den jeweiligen Behördenvertretern tut es wahrscheinlich gut, wenn sie ihre "Fälle" auch mal als Menschen aus Fleisch und Blut erleben. (noa) □



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Wanderarbeiter

Unsere Meldung "Ist das fair?" im letzten Gegenwind brachte ordentlich etwas ins Rollen. In der Meldung berichteten wir unter anderem, dass ca. 150 polnische Arbeiter die Asbestsanierung des am Hannoverkai liegenden Passagierschiffes "Rotterdam" durchführen und zusammengepfercht in dem Gebäude des Fair-Marktes in der Börsenstraße wohnen.

Diese Meldung ließ den Europäischen Verband der Wanderarbeiter ("Europa gehört auch den Arbeitnehmern") auf den Plan treten. Der große Vorteil des Verbandes: Er verfügt über MitarbeiterInnen, die die jeweilige Landessprache der Arbeiter beherrschen. Und so kam es auch schnell zum Kontakt mit den Arbeitern, und es fanden mehrere Treffen im Gewerkschaftshaus statt.

Hier war man dann tagelang damit beschäftigt, das Geflecht von Firmen und Personen zu entwirren, die mit dem Einsatz hier in Wilhelmshaven zu tun haben. Verteilt auf 3 Häuser in Wilhelmshaven sind die polnischen Arbeitnehmer in 12 m² großen Räumen mit 3 bis 5 Betten untergebracht. Pro Bett werden 250 Euro gleich vom Lohn einbehalten. 1.000 Euro für ein Zimmer – da leckt sich wohl jeder Vermieter die Finger! In diesen 250 Euro sind allerdings noch ein Frühstück und ein Mittagessen ("Hundefutter", sagte ein polnischer Arbeiter zum Gegenwind) enthalten. Pro Woche bekommen die Arbeiter 25 Euro für zusätzliche Bedürfnisse auf die Hand. Der Rest wird auf Konten in Polen überwiesen. Die Arbeiter verdienen pro Stunde zwischen 9,50 und 11,50 Euro.

Warum das 1958 gebaute Passagierschiff Rotterdam nun gerade in Wilhelmshaven vom Asbest befreit wird, ist unklar. Bekannt ist nur, dass der Versuch, die Arbeiten in Danzig durchzuführen, an den dortigen Aufsichtsbehörden scheiterte. Aber Wilhelmshaven nimmt ja bekanntlich alles.

Das "Prachtschiff" (Jürgen Westerhoff in der Nordwest Zeitung) soll als Hotel- und Konferenzschiff irgendwann nach erfolgtem Umbau einmal den Hafen von Rotterdam zieren. Die Gewerkschaften und der Verband der Wanderarbeiter sind weiter in engem Kontakt mit den polnischen Arbeitern, um ihnen in einer Umgebung, in der kaum jemand ihre Sprache spricht und die gesellschaftliche Stimmung ihnen gegenüber nicht gerade freundlich ist, Unterstützung in allen Fragen des Arbeitsrechts und Arbeitsschutzes zu gewähren.

Alleine in Deutschland arbeiten zur Zeit rund 50.000 Entsendearbeiter aus zwölf osteuropäischen Staaten und der Türkei. Zusätzlich gibt es rund 200.000 ausländische Saisonarbeitskräfte. Ebenso viele Menschen arbeiten hierzulande in illegalen Verhältnissen. Ihnen allen fehlt es oft an Hilfe und Unterstützung, fehlt es an Informationen und Wissen um ihre Rechte.

Sprachbarrieren kommen erschwerend dazu. So werden sie leicht Opfer von Ausbeutung und kriminellen Machenschaften.

Sie werden beim Lohn betrogen, ihre Unterkünfte sind oft erbärmlich. Der Europäische Verband der Wanderarbeiter ist die neue Organisation, die das Ziel verfolgt, den Wanderarbeitern zu helfen.

Informationsblatt des Europäischen Verbands der Wanderarbeiter (www.migrant-workers-union.org)

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Das Imperium der Schande

Die 500 mächtigsten transkontinentalen kapitalistischen Privatgesellschaften der Welt kontrollierten im Jahr 2005 52,8 % des Weltsozialprodukts, d.h. mehr als die Hälfte aller Güter, die auf unserem Planeten innerhalb eines Jahres erwirtschaftet wurden. Das Feudalsystem, das die französische Revolution abgeschafft hatte, ist neu auferstanden. Die Barbarei dieser Kosmokraten kommt mit Riesenschritten voran. Die neuen Feudalherren sind weder auf Staaten noch auf die UNO angewiesen. Die WHO, der IWF und die EU genügen ihnen; das sind die willigen Ausführungsorgane für ihre Strategien weltweit.

Fakten:

Im Jahr 2005 belief sich die Entwicklungshilfe der Industrieländer des Nordens für die 122 Länder der Dritten Welt auf 58 Milliarden Dollar. Im selben Jahr haben diese Länder der Dritten Welt den

Kosmokraten der Banken des Nordens 482 Milliarden Dollar als Schuldendienst überwiesen. Das zeigt: Die Dritte-Welt-Länder bluteten in den Norden aus.

Im Jahr 2000 sind 36 Millionen Menschen hungers gestorben. Vor 40 Jahren litten 400 Millionen Menschen an permanenter und chronischer Unterernährung. Heute sind es über 854 Millionen.

Das Elend hat heute ein schrecklicheres Ausmaß angenommen als in jeder anderen Epoche der Geschichte. Mehr als 10 Millionen Kinder unter 5 Jahren sterben pro Jahr an Unterernährung, Seuchen und Wasserverschmutzung. 32 % aller Kinder der Welt zwischen 6 und 15 Jahren sind von jeder Schulbildung ausgeschlossen. Die UNICEF hat berechnet, dass Schulbildung für diese Kinder so viel kosten würde, wie die Europäer für Eiscreme ausgeben.

Diese Fakten sind dem Buch "Das Imperium der Schande" von Jean Ziegler (UN-Berichterstatter und Autor u.a. von "We can Feed

the World") entnommen. In diesem Buch beschreibt Ziegler den Zustand unserer vom Kapitalismus mehr und mehr zerstörten Welt. Er schildert die Gesetzmäßigkeiten dieser Zerstörung und macht deutlich, dass es nicht besser, sondern immer schlimmer wird. Er sieht als einzige Chance eine andere Weltordnung. Mit seinem Buch möchte er dazu "beitragen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit dieses Umsturzes zu schärfen". Wenn immer mehr Menschen die Schande der bestehenden Weltordnung selbst empfinden, dann, so Zieglers These und Hoffnung, suchen sie auch nach Möglichkeiten, tätig zu werden.

Für uns besteht Anfang Juni die Möglichkeit, bei G8-Treffen in Heiligendamm deutlich zu machen, dass wir eine andere Welt wollen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und dass wir begriffen haben: Auf uns kommt es an; wir können und wollen Geschichte schreiben!



WählerInnengemeinschaft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven

Gemeinsam stark
für soziale Gerechtigkeit!

Aida Diva?

Für viele Fragezeichen sorgte die Diskussion um eine mögliche Trennung der WTF von ihrer Geschäftsführerin Aida Kleinschmidt. Konkrete Gründe wurden dabei zunächst nicht benannt. Mehrere Ratsfraktionen äußerten sich sehr zufrieden über die Arbeit der Kulturmanagerin. Doch nun hat der WTF-Aufsichtsrat "mit breiter Mehrheit", so Oberbürgermeister Eberhard Menzel als Vorsitzender des Gremiums, beschlossen, das Arbeitsverhältnis zum 31. Juli zu beenden.

Gehaltsansprüche

Begründet wurde die Entscheidung mit einer "nachhaltigen Störung des Vertrauensverhältnisses". Kleinschmidt hat Ende 2005 eine Klage erhoben, die feststellen sollte, dass neben ihrem Anstellungsvertrag bei der WTF ein weiterer Anstellungsvertrag bei der durch eine Umstrukturierung entstandenen WTF-Stadtwerke bestand, aus dem ein doppelter Gehaltsanspruch abgeleitet wurde. "Erhebliche finanzielle Forderungen Aida Kleinschmidts wurden durch den Aufsichtsrat bereits im September 2005 abgelehnt." Die Position der Geschäftsführung soll so schnell wie möglich wieder besetzt werden.

Kleinschmidt zeigte sich bestürzt über die Kündigung. Aus ihrer Sicht dient ihr Klagever-

fahren, das noch nicht abgeschlossen ist, der Klärung der gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse als Folge der umfangreichen Umstrukturierungsmaßnahmen aus dem Jahr 2004 bei der Stadt Wilhelmshaven und der städtischen Holding. Zudem hätten seit Ende 2004 ständige Verhandlungen unter Beteiligung des Oberbürgermeisters stattgefunden, um eine gütliche Einigung herbeizuführen. Somit sieht sie ihrerseits das Vertrauensverhältnis nicht gestört und wird ihren Vertrag "weiterhin mit gleicher Intensität und Elan erfüllen".

Rigides Sparprogramm

Über die Jahre gab es auch seitens der kulturinteressierten Bevölkerung Kritik an Kleinschmidt, die sich daran festmachte, dass unter ihrer Führung das städtische Kulturangebot zunehmend kommerzialisiert wurde. Die Palette der Veranstaltungen folgte dem Mainstream, wurde schmäler, flacher und teurer und eine Mitwirkung "von unten" nahezu unmöglich, nachdem für die Nutzung des Pumpwerks Gebühren erhoben werden, die bürgerschaftliche Initiativen schwerlich aufbringen können. Dieses rigide Sparprogramm wird allerdings die Verantwortlichen der Stadt eher entzückt haben, die Lebensqualität allein an Arbeitsplätzen festmachen und "weiche" Bedingungen wie Soziales, Bildung, Kultur, Natur und Umwelt nur als Ballast betrachten.

Auch ist Aida Kleinschmidt dafür verantwort-

lich, dass gewachsene betriebliche Strukturen zerstört wurden und dass sich innerhalb des Betriebes ein von vielen MitarbeiterInnen als "nicht zum Aushalten" bezeichnetes Betriebsklima entwickelte und viele WFLer hoffen, dass der Aufsichtsrat mit seiner Kündigung oben bleibt.

Juristen entscheiden

Die qualitative Beurteilung der Arbeitsergebnisse war allerdings nicht Grundlage der Kündigung. Nach den vorliegenden spärlichen Informationen waren es eher persönliche Befindlichkeiten. Unabhängig von ihrer fachlichen Linie hat Frau Kleinschmidt wie alle ArbeitnehmerInnen das Recht auf eine rechtliche Auseinandersetzung mit ihrem Arbeitgeber. Ob ihre Forderungen berechtigt sind, haben allein Juristen zu entscheiden. Der Arbeitgeber mag darüber sauer sein, eine Kündigung nur aus diesem Grund ist jedoch unangemessen. Und so lange der Aufsichtsrat da nicht mehr vorzubringen hat, ist die Entscheidung sachlich nicht nachvollziehbar. Dass ein Vertrag nicht verlängert wird, ist ja keine Seltenheit – man hätte Frau Kleinschmidt davon vielleicht etwas früher unterrichten sollen (damit sie sich neu orientieren kann); ansonsten kann sie sich über die Art der Behandlung nicht beschweren – die kennen ihre MitarbeiterInnen zur Genüge. (hk/iz)